

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/27

10. Februar 1976

Konventionell stark und verteidigungsbereit!

Westeuropas Aufgabe Nr. eins in dieser Zeit

Von Conrad Ahlers MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages

Seite 1 und 2 / 68 Zeilen

Schluß mit Terrormorden auf deutschem Boden!

Parlament und Regierung müssen prüfen, ob unsere
Gesetze ausreichen

Seite 3 / 42 Zeilen

Ein heißes Elternthema: Winterferien?

Umfragen in Berlin leisten Pionierarbeit für den
Bund

Von Angela Grützmann MdB

Seite 4 und 5 / 89 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

FDP: Entschlossene Zusammenarbeit mit der SPD

Seite 6 / 32 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Eberhard Käfer

5300 Bonn 12, Heuserallee 2-10
Postfach: 125 495
Postfach 1, Zimmer 217-224
Telefon: 37 66 17 - 30
Telex: 53 05 04 - 45 ppsa d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Konventionell stark und verteidigungsbereit

Westeuropas Aufgabe Nr. eins in dieser Zeit

Von Conrad Ahlers MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages

In dieser Woche setzt der Verteidigungsausschuß des Bundestages seine Beratungen über den Verteidigungshaushalt fort. Er enthält keine Überraschungen. Die stetige Entwicklung der Bundeswehr, wie sie von Helmut Schmidt eingeleitet wurde und von Georg Leber weitergeführt wird, schreitet voran. Die Bundeswehr ist heute wesentlich moderner, innerlich gefestigter und besser bewaffnet als vor zehn Jahren zu Beginn der Großen Koalition, dem Zeitpunkt, an dem, wenn auch zuerst nur indirekt, Sozialdemokraten durch ihren Eintritt in die Bundesregierung auch eine Verantwortung für die militärische Sicherheit der Bundesrepublik übernahmen.

Der Schwerpunkt der Anstrengungen des Bundesverteidigungsministers liegt einmal auf der sogenannten Reform der Heeresstruktur, die den Versuch einer Anpassung der Verbände in Größe und Gliederung an die ungeheuer leistungsfähigen neuen Waffensysteme, wie etwa den Panzer "Leopard" darstellt. Zweitens hat die Ausrüstung mit Panzerabwehrwaffen den Vorrang bekommen, nachdem die lange Zeit vorhandene Flugabwehrrücke sich zu schließen begonnen hat. Angesichts der in den letzten Jahren erheblich angewachsenen Zahl der Panzer in den Streitkräften des Warschauer Paktes hat die Panzerabwehr zu Recht Vorrang erhalten. Dies ist auch bei den in der Bundesrepublik stationierten amerikanischen Divisionen der Fall, denen jetzt der Kampfhubschrauber "Cobra" zuläuft, der mit einer sehr wirkungsvollen Panzerabwehrwaffe bestückt ist.

Das vor kurzem erschienene Weißbuch 1975/76 des Bundesverteidigungsministeriums macht die enorme Überlegenheit des Warschauer Paktes im Bereich der Panzerverbände und generell der konventionellen Streitkräfte deutlich. Die Überlegenheit des Ostens ist zwei- bis dreifach. Sie hat einen Punkt erreicht, an dem viele hohe Militärs der NATO nicht länger ausschließen können, daß der Sowjetunion und ihren Verbündeten an der mitteleuropäischen Front ein Durchbruchangriff nach nur sehr kurzer Vorbereitungszeit gelingen könnte. Dies würde die Verteidiger in die Zwangslage versetzen, gemäß der gültigen Strategie der flexiblen und abgestuften Antwort als erste taktische Nuklearwaffen einzusetzen.

Genz abgesehen von den schrecklichen Folgen, die sich daraus für die Soldaten und die Bevölkerung ergeben würden, ist nun aber im Laufe der ver-

gangenen Jahre dieser sogenannte "Ersteinsatz" von Atomwaffen als Bestandteil der Abwehroperationen sehr fraglich geworden. Dies hängt mit dem absoluten Gleichgewicht der Kräfte im Bereich der strategischen Atomwaffen zusammen und mit dem vernünftigen Bemühen der beiden Supermächte, durch ein Abkommen zur Begrenzung dieser strategischen Waffen diese "Parität" festzuschreiben. Dadurch würde ein Einsatz solcher Waffen unmöglich gemacht. Die gegenseitige Abschreckung wäre auf diesem Gebiet vollständig und der Rüstungswettlauf könnte eingeschränkt werden, obwohl natürlich beide Seiten weiterhin um technologische Fortschritte auch bei diesen Waffen bemüht sein werden.

Ein Ersteinsatz taktischer Atomwaffen erscheint aber nur unter dem Schutz der Fähigkeit einer der Supermächte möglich, notfalls auch den großen Atomkrieg zu riskieren. Denn die Grenzen zwischen taktischen und strategischen Waffen sind fließend und auch nukleare Gefechtsfeldwaffen können strategische Bedeutung haben. Die gegenseitige Abschreckung wirkt also von oben nach unten. Sie wirkt auch umgekehrt, weil in dem unteren Nuklearbereich die Sowjetunion ebenfalls über reichhaltige Mittel verfügt: von den auf Europa gerichteten 600 Mittelstreckenraketen bis hin zu atomarer Artilleriemunition. Die zahlenmäßige Überlegenheit der Vereinigten Staaten auf diesem Gebiet wird durch die größere Verwundbarkeit der westeuropäischen Ballungszentren ausgeglichen und in Schach gehalten.

Um aus dieser Sackgasse heraus zu kommen, hatte der frühere amerikanische Verteidigungsminister James Schlesinger damit begonnen, die Fähigkeit der USA zu einem selektiven Einsatz strategischer Waffen zu entwickeln. Sein Nachfolger Rumsfeld setzt offenbar diese Absicht fort. Die Westeuropäer aber, insbesondere wir Deutsche, müssen verhindern, daß sich die konventionelle Abschreckungslücke weiter vergrößert. Denn unsere Aufgabe ist es, erst einmal im Bereich der herkömmlichen Streitkräfte so verteidigungsbereit zu werden, daß selbst ein überlegener Gegner von einem Angriff abgehalten wird, auch wenn die Drohung mit dem Einsatz nuklearer Waffen nicht mehr verhängt.

(-/10.2.1976/vs/e/br)

+ + +

Schluß mit Terrormorden auf deutschem Boden!

Parlament und Regierung müssen prüfen, ob unsere Gesetze ausreichen

Das Mordverbrechen an dem Frankfurter Vizekonsul Jugoslawiens, Edvin Zdovc, muß über die entsetzte Betroffenheit hinaus, die Politiker aller demokratischen Parteien der Bundesrepublik äußern, jeden Bürger zu ernsthaftem und sorgsamem Nachdenken veranlassen. Mittlerweile liegen Listen über Morde an offiziellen Vertretern Jugoslawiens in der Bundesrepublik und über Mordanschläge gegen sie vor, die zeigen, daß unser Staat und unsere Gesellschaft hier vor einem ganz heissen Problem stehen, das unsere Behörden so rasch wie möglich in den Griff bekommen müssen. Es muß mit allen legalen Mitteln verhindert werden, daß die Bundesrepublik zu einem Land wird, in dem ausländische Terrorbanden unsere Staats- und Gesellschaftsordnung zu einem Schutzel machen, in dem nach Unterweltsvorstellungen geworbet wird.

Der jugoslawische Vizekonsul war bekannt als ein Mann, der sich in ganz besonderem Maße um seine Landsleute gekümmert hat, die in der Bundesrepublik als Gastarbeiter tätig sind, und der sich stets um gute Beziehungen zu diesem Gastland Bundesrepublik und seinen Menschen bemühte. Das macht über den harten Protest gegen alle Morde hinaus diesen Fall besonders tragisch.

Der Mord an Edvin Zdovc muß als ein Alarmeruf zu schon sehr später Stunde gewertet werden. Die Mörder sind nach den bisher vorliegenden Informationen aus Kreisen gekommen, die in ihren Blättern und Flugzetteln mit Gewalt und Mord drohen. Das Bonner Parlament hat erst vor kurzem ein Gesetz verabschiedet, das den Behörden die Möglichkeit gibt, bereits gegen Drohung mit Gewalt vorzugehen. Das Gesetz war und ist unangetastet: Hier aber wäre seine Anwendung ein staatspolitisches Gebot erster Ordnung.

Legislative und Exekutive werden sich rasch überlegen müssen, ob die bestehenden Gesetze ausreichen, um dem verbrecherischen Treiben ausländischer Terrororganisationen auf bundesrepublikanischem Boden Einhalt zu gebieten und es zu stoppen. Wenn nach den Berichten des Bundeskriminalamtes, das das Verbrechen an dem jugoslawischen Vizekonsul untersucht, deutlich wird, daß der gesetzliche Schutz unseres Staates und unserer Gesellschaft gegen diese verbrecherischen Anschläge auf unsere innere Sicherheit, durchaus mit Auswirkungen auf unser Ansehen nach außen verbunden, nicht genügt, dann sollten die zuständigen Bundesministerien sehr rasch an diese Gesetzestwurfarbeit gehen.

Erhardt Eckert
(-/10.2.1976/bgy/pr)

+ + +

Ein heißes Elternthema: Winterferien?

Umfragen in Berlin leisten Pionierarbeit für den Bund

Von Angela Grützmann MdB

In Berlin wird zur Zeit in Schul- und Schülerkreisen sowie in der Elternschaft ein Thema heiß diskutiert, das eine kalte Jahreszeit betrifft: die Winterferien. Art und Umfang der Diskussion sowie die dafür nötige Rückkoppelung bei der Kultusministerkonferenz in Bonn lassen vermuten, daß es demnächst ein interessanter Gesprächsstoff auch für andere Bundesländer sein wird.

Begonnen hat es natürlich schon viel früher. Im April 1970 hatte eine Veranstaltung der KMK in Bonn "zur Ferienregelung der Schulen in der Bundesrepublik" stattgefunden, die in Form einer Anhörung abgehalten wurde. Hauptthema waren dabei unter dem Gesichtspunkt der Gesamtferiendauer die Spannweite der Sommerferien und ein dafür passendes rollierendes System gewesen, das Gerechtigkeit für jedes Bundesland bringen sollte. Wer heute den Ferienkalender betrachtet, weiß, daß sich dieses Verfahren außerordentlich gut bewährt hat. So fängt in diesem Jahr beispielsweise Hessen mit den Sommerferien an (17. Juni bis 31. Juli) und die Bundesländer Bayern, Rheinland-Pfalz und das Saarland schließen sie ab.

Bei diesem Hearing im Jahr 1970 wurde darüberhinaus die generelle Aufteilung in vier bzw. fünf Ferienblöcke angesprochen. Dabei herrschte Einigkeit darüber, daß neben den Sommerferien, von den einwöchigen Herbst- und kurzen Weihnachtsferien abgesehen, ein zweiter Ferienblock im Februar/März gelegen sein sollte. Da sich seinerzeit Fachleute aus den Reihen der Eltern- und Familien-, der Lehrer- und Erzieher-, der Jugend-, Sport- und der Wohlfahrtsverbände, der Wirtschaft, der Gewerkschaften, der Ärzteschaft, der Meteorologen, des Reise- und Gaststättengewerbes, der Verkehrsverbände und Automobilclubs, der Kommunen, der Bundesbehörden, der europäischen Nachbarländer und natürlich auch der Schüler gegenüber saßen, kann man getrost davon ausgehen, daß alle Betroffenen an einem Tisch versammelt waren und ihre Argumente auch für 1976 noch Anwendung finden.

Ein großes, oder das große Handicap bei der Regelung über Winter- bzw. Frühjahrsferien sind die Osterfeiertage. Die damalige Feststellung des ADAC-Vertreters: "Leider ist Ostern ein beweglicher Feiertag. Vielleicht könnten gute Beziehungen nach Rom hier Abhilfe schaffen," hatte laut Protokoll Heiterkeit ausgelöst. Sie machte aber den allgemeinen Wunsch deutlich, von diesen beweglichen kirchlichen Feiertagen wegzukommen.

Das stechendste Argument für einen zweiten Ferienblock ist das der Kinderärzte. Professor Dr. Nitsch von der Deutschen Gesellschaft für Sozialpädiatrie hatte dazu ausgeführt: "Das biologisch schwächste Quartal für die Kinder ist das erste Quartal des Jahres, also die zweite Winterhälfte. Diese Zeit ist aber gleichzeitig eine Art Endspurt für die Schulleistung in dem betreffenden Jahr. Deshalb muß den Ferien in dieser Jahreszeit ein echter Erholungswert zugebilligt werden. Mit Weihnachtsferien von drei Wochen Dauer ist dieses Ziel sicher nicht zu erreichen. Mit gut organisierten Winterferien - sie müßten auch so organisiert werden, daß ein größerer und weitgehender Erholungseffekt durch Ausweitung von Reismöglichkeiten geschaffen wird - würden wir auch bei den Schulleistungen ganz beträchtliche Verbesserungen

erzielen." Worauf der Arzt nicht verwiesen hatte, das war die hohe Fehlzahl von Lehrern in diesem Zeitraum.

In Auswertung der Anhörung hatte die Kultusministerkonferenz im Jahre 1972 eine Empfehlung für einen zweiten Ferienschwerpunkt neben den Sommerferien gegeben. Das Votum aller Verantwortlichen in Berlin schien einhellig. Dann herrschte Funkstille, die nun mit der Veröffentlichung des neuen Ferienkalenders ein abruptes Ende fand. 1977 käme Berlin nun endlich in den Genuß dessen, was es sich 1972 so sehnlichst wünschte: Winterferien. Nur sind jetzt alle dagegen!

Die Bezirkseelternausschüsse einzelner Wohnbezirke verfaßten in Heimarbeit Fragebogen mit einseitigem Schlag. In Elternversammlungen wurde mit der Überrumpelungstaktik: "Sie sind doch auch dagegen, oder?" abgestimmt. Ende Januar nun hat der Schulsenator eine generelle Umfrage bei allen Eltern gestartet. Sie überläßt den Eltern die Entscheidung über die Fragen: - Winterferien im Februar, - Ferien im März (losgelöst vom Osterfest), - Beibehaltung der bisherigen Regelung, - Verlängerte Weihnachtsferien?

Dabei sind auf dem Umfragezettel Entscheidungshilfen für und gegen die Winterferien aufgeführt. Neben der Aufklärung, daß Winterferien nicht zu einer generellen Erhöhung der Ferien (75 Tage) insgesamt führen, kommen noch einmal die Argumente der Kinderärzte zum Tragen. Sie spielten in den Fragebogen der Bezirkseelternausschüsse interessanterweise kaum oder gar keine Rolle. Es wird ferner daran erinnert, daß Winterferien zu einer Verkürzung der um kirchliche Feiertage gelegenen Ferien (Weihnachten und Ostern) führen, daß gegen verlängerte Weihnachtsferien vor allem das erfahrungsgemäß unfreundliche Wetter spricht - von den anstrengenden Familienrundfahrten ganz zu schweigen -, und daß im Februar/März Winterurlaub in den nahegelegenen und dann eben zu preisgünstigeren Bedingungen eher als zur Weihnachts- bzw. Osterzeit möglich ist.

Ein Aspekt, der als Argument gegen Winterferien immer wieder als unsozial vorgebracht wird, ist, daß Kinder berufstätiger Eltern in den Ferien dann ohne Aufsicht seien. Haben sich die Elternvertretungen und ihre Spitzensprecher eigentlich schon je ernsthaft mit der Tatsache befaßt, daß Kinder berufstätiger Eltern aber auch in den Herbst-, Weihnachts-, Oster- und einem Teil der Sommerferien ohne Aufsicht sind? Zum Schluß der Umfrage fehlt nicht der Hinweis auf die guten Erfahrungen, die die Hamburger Elternschaft mit Winterferien im März gelegen, gemacht haben, die dort aber pfeffrigerweise Frühlingsferien heißen.

Ende Februar soll die Berliner Umfrage ausgewertet sein. Die Diskussion hat schon jetzt eine Versachlichung erfahren. In den Familien wurden von Eltern und Kindern die Argumente für und wider Winterferien abgewogen. Wenn sich die Berliner Eltern, wie es sich abzeichnet, dennoch für die Beibehaltung der bisherigen Ferienregelung aussprechen, dann vor allem deshalb, weil die Osterferien, egal ob im März oder April gelegen, die Möglichkeit eines Zweiturlaubs durch Hinzunahme der gesetzlichen Feiertage eröffnen.

(-/10.2.1976/va/e/pr)

+ + +

Aktuelle Dokumentation des SPD-Pressedienstes

FDP: Entschlossene Zusammenarbeit mit der SPD

Am Ende einer mehretündigen Sitzung des Präsidiums der FDP über die aktuelle Lage faßte der FDP-Bundesvorsitzende, Bundesaußenminister und Vizekanzler Hans-Dietrich Genscher MdS, am 9. Februar 1976 lt. parteiamtlicher FDP-Darstellung das Ergebnis der "voll übereinstimmenden" Diskussion wie folgt zusammen:

"Das Präsidium hat die Entschlossenheit der F.D.P. unterstrichen, in Zusammenarbeit mit dem Koalitionspartner SPD alle Anstrengungen darauf zu konzentrieren, daß die Gesetzgebungsvorhaben dieser Legislaturperiode zügig weiter behandelt und verabschiedet werden.

Die Koalition müsse durch die Fähigkeit zu klaren Entscheidungen überzeugen. Genscher wies in diesem Zusammenhang auf die zunehmenden Meinungsverschiedenheiten innerhalb der CDU/CSU zur Mitbestimmungsfrage hin.

Der Bundesvorsitzende der F.D.P. führte weiter aus, daß der CDU/CSU durch die stärkere Mehrheit im Bundesrat eine erhöhte Verantwortung zugefallen sei. Es komme jetzt entscheidend darauf an, ob die Union an den starren Fronten im Bundesrat festhalte oder ob sie in der Erkenntnis handele, daß sie in zwei Bundesländern zwar die Regierungschefs stelle, von den Wählern aber keine Mehrheit in den Landtagen erhalten habe. Deshalb müsse erwartet werden, daß die Union sich im Sinne einer Auflockerung der starren Fronten im Bundesrat bewege. Es gehe jetzt darum, daß es im Lande nicht zu Konfrontationsstrategien komme, die angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Bundestag und im Bundesrat zu einer Lähmung in wichtigen Fragen der deutschen Innen- und Außenpolitik führen können. Die F.D.P. sei sich ihrer Verantwortung sehr wohl bewußt.

Was die Lage in Hannover betreffe, so betonte Genscher, daß wie in der Vergangenheit so auch jetzt landespolitische Entscheidungen unter landespolitischen Gesichtspunkten zu treffen seien. Zwischen der Bundesführung und dem Landesverband Niedersachsen der F.D.P. finde ein enger Meinungsaustausch statt, weil durch die in Hannover zu entscheidenden Fragen auch die Gesamtbelange der F.D.P. berührt werden. Die letzte Entscheidung darüber, was in Niedersachsen zu tun sei, liege aber bei der F.D.P. in Hannover."

(-/10.2.1976/bgy/e/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Freiler